

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1916

76 (17.2.1916) Mittag-Ausgabe

Badischer Beobachter

Fernsprecher 535

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Postfach:

Karlsruhe 4874

Ersteinst an allen Wochentagen in zwei Ausgaben — Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt vierteljährlich M. 2.00. Von der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pf. Auswärts (Deutschland) Bezugspreis durch die Post M. 3.00 vierteljährlich ohne Befreiung, bei Vorauszahlung. Bestellungen in Österreich-Ungarn, Preußen, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postämtern. Lediglich Ausland (Welpostvereine) M. 9.50 vierteljährlich durch die Geschäftsstelle. Bestellungen jederzeit, Abbestellungen nur auf Vierteljahrsfrist.

Beilagen:
Se einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“
das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“
Wandkalender, Taschenrechner usw.

Anzeigenpreis: Die hebepaltige kleine Zeile oder deren Raum 25 Pf., Resten 60 Pf. Platz, kleine und Stellen-Anzeigen 15 Pf. Platz-Darstellung mit 20% Aufschlag. Bei Wiederholung entsprechender Nachlass nach Tarif.
Bei Nichterhaltung des Zieles, Klagerhebung, zwangsweiser Beiziehung und Kontroversenverfahren ist der Nachlass hinfällig. **Beilagen** nach besonderer Vereinbarung.
Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme: Täglich vormittags 8 Uhr, bezw. nachmittags 3 Uhr.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße 42, Karlsruhe

Verlagsdruck und Verlag der „Badenia“, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe Albert Hofmann, Direktor

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: F. H. Meyer; für Ausland, Nachrichten, Handelsteil und den allgemeinen Teil: Franz Wahl
Erscheinenszeiten: von halb 12 bis 1 Uhr mittags

Verantwortlich für Anzeigen und Resten: Franz Pfeiffer in Karlsruhe

Vom Krieg

Eine Pariser Stimme über die Tragweite der Komreise Briands.

Paris, 16. Febr. (W.L.B.) Seit Parisien erklart über die wirkliche Tragweite der Komreise Briands, niemand vermochte heute daran zu zweifeln, daß der Viererband am Vorabend einer neuen Entwicklung stand. Zwei Konferenzen würden in Paris stattfinden; eine militärische, die andere politische. Die erste wurde aus Oberbefehlern der Alliierten bestehen und die versichtbaren Truppenbestände wie das Kriegsmaterial feststellen. Was besonders das Kriegsmaterial betrafte, so sei die Arbeit dank dem Besuche von Albert Thomas in Rom beinahe beendet. Hinsichtlich des Austausches von Rohstoffen und Arbeitskräften, wie hinsichtlich der Erzeugung. Die Arbeit werde entsprechend den besonderen Umständen jedes Volkes verteilt. Dies seien die Grundlagen eines Versteinsungsvertrages zwischen General Dall'Olio und Albert Thomas. Was die verfügbaren Mannschaften betrafte, müsse die militärische Konferenz in Paris abgemacht werden. Sobald die Konferenz beendet ist, würden die zur Konferenz geladenen Vertreter des Viererbandes genau die Kräfte kennen, auf welche sie zählen können, um über dies oder jenes Unternehmen zu entscheiden. Sobald für die Sicherheit auf allen Fronten gesorgt sei, werde die Konferenz einheitliche Pläne aufstellen, und den Austausch von Truppen und Kriegsmaterialien sowie als möglich erleichtern, insbesondere durch zollfreie und steuerliche Ermäßigungen. Man werde den Grundgedanken verfolgen, daß ebenso wie der Krieg einen einzigen Feldzug darstelle, auch eine einzige Front, eine einzige Armee und ein einziger Befehl an Waffen und Munition bestehen müsse. In Rom habe man gut gefaßt, in Paris werde man glücklich erraten. Der Tag sei nicht fern, an dem Italien sich an Österreich und dadurch auch an Deutschland räche.

Der Krieg zur See.

Die Bewaffnung der Handelsschiffe.

London, 16. Febr. (W.L.B.) Die Morning Post meldet aus Washington vom 13. Februar: Präsident Wilson ist heute zurückgekehrt. Es ist noch unbestimmt, welche Haltung Wilson zu der neuen deutschen Ankündigung einnimmt, alle betroffenen Handelsschiffe ohne Warnung zu zerstören. Die Umgebung glaubt, daß seine Entscheidung Deutschland günstig sein werde. Ein Mann in sehr hoher Stellung sagte dem Korrespondenten der Morning Post, jede Regierung habe das natürliche Recht, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen Schiffe die Häfen ihres Landes anlaufen dürften. Es sei absurd, es als einen unannehmbaren Akt hinzustellen, wenn eine Regierung ihren bisherigen Standpunkt in dieser Frage ändere. Die bisherige Standpunkt in dieser Frage ändere. Die bisherige Standpunkt in dieser Frage ändere. Die bisherige Standpunkt in dieser Frage ändere.

Gegen den deutschen Handel.

Wellington (Neuseeland), 15. Febr. (W.L.B.) Der Premierminister von Neuseeland erklärte einer Abordnung der Handelskammer, daß Schritte dagegen getan würden, daß feindliche Waren über neutrale Länder Neuseeland zu gelangen. Außerdem sei ein Einfuhrzoll von 50 Prozent für deutsche Waren nach dem Krieg vorgeschrieben. Der Finanzminister erklärte einer Abordnung, die Regierung würde vor nichts zurückweichen, um den deutschen Handel in Neuseeland zu unterbinden.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

„Es muß irgendwie weitergehen!“
London, 16. Febr. (W.L.B.) Das Wienerische Büro verbreitet einen Leitartikel des Daily Telegraph über die Wiedereröffnung des Parlaments, in welchem es heißt: Die Parliamentssession des kritischen Jahres des großen Krieges ist eröffnet. Großbritanniens und seine Verbündeten beginnen ein neues Kapitel des Konflikts. Die waren sie so fest vom Siege überzeugt, wie heute. (?) Die noch immer wachsenden Kosten des Krieges und der schwere Druck, den der Krieg den nationalen Hilfsquellen auferlegt, beunruhigt die

Phantasie. Wie soll das weitergehen? Das Blatt schließt, es müsse irgendwie weitergehen bis zu einem siegreichen Ausgange. (1)

Vom Balkan.

Deutsche Parlamentarier in Bulgarien.
Sofia, 11. Febr. (Agence Bulgare.) Die deutschen Reichstagsabgeordneten Liska und Stresemann, die auf der Rückreise von Konstantinopel hier kurzen Aufenthalt genommen hatten, sind nach Berlin weitergereist. Während ihres Verweilens in Sofia hatten sie Besprechungen mit dem leitenden bulgarischen Persönlichkeiten über Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur, ebenso über die künftigen kulturellen Beziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland. Der Reichstagsabgeordnete Erzberger traf gestern, von Konstantinopel kommend, in Sofia ein.

Gesandtenwechsel.

Berlin, 16. Febr. (W.L.B.) Der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zufolge hat der kaiserliche Gesandte in Sofia Michailowitsch um einen Erholungsurlaub nachgesucht und sich zur Zeit nach Bad Kissingen begeben. Da der Gesandten-Posten in Sofia gegenwärtig nicht längere Zeit verwaist bleiben kann, ist der bisherige Gesandte in Kiritiana, Graf Oberdorff, zum Nachfolger ausgerufen. Michailowitsch, der in Anerkennung seiner Verdienste auf dem bisherigen Posten durch die Verleihung des Roten Adlerordens I. Klasse mit Ehrenkranz ausgezeichnet wurde, wird nach seiner Wiederherstellung einen anderen Gesandtenposten erhalten.

Die Lage der serbischen Bevölkerung.

Wien, 15. Febr. (W.L.B.) Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Eine Meldung über die angeblich grausame Behandlung der serbischen Bevölkerung von Seite der österreichisch-ungarischen und deutschen Militärbehörden in Serbien macht durch Vermittlung des berichtigten serbischen nachrichtlichen Dienstes auf Korfu die Kunde durch die Zeitungen des neutralen und des feindlichen Auslandes. Unter anderem wird da behauptet, die Lage der in Serbien zurückgebliebenen Familien wäre unso grauenerregend, als ihnen auch der schriftliche Verkehr mit ihren Angehörigen im Ausland verboten sei. Gegenüber dieser tendenziös lügenhaften Darstellung aus Serbien wurde schon letzthin darauf hingewiesen, daß die Militärbehörden in dem eroberten serbischen Gebiet überhaupt keinen Anlaß dazu haben, der Zivilbevölkerung gegenüber grausam vorzugehen. Die dahingegebene serbische Bevölkerung würdigt allerorten mit vollem Verständnis die wohlthätige Fürsorge seitens der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung und unbarmherzige Mißhandlungen in der Niedergangsperiode ihrer nationalen Verwaltung. Als Beleg für die Wahrheit dieser Stimmung kann auf die in der Sera vom 6. 2. veröffentlichte Heftung des serbischen Gesandten in Rom Rittich hingewiesen werden. Herr Rittich erklärt den Wörnern, um seine Landsleute einzurufen wegen ihrer Italien gegenüber seit der letzten Entlassungen befindeten unfeindlichen Haltung zu entschuldigen, folgendes:

Diese Armen, die ihr Vaterland und ihre Existenz verloren haben, reden nicht einmal von ihrer eigenen Regierung oder ihrem Könige gut. Infolge von Krankheiten, Hunger und anderen Leiden ist ihr Geist verflüchtigt. Herr Rittich kennt die Stimmung im Kreise seiner Landsleute gewiß zur Genuge, daß er aber auch der Wahrheit entsprechend feststelle, welcher Unterstützung in der Lage seiner in den eroberten serbischen Gebieten zurückgebliebenen Landsleute sich fühlbar macht, kann von ihm wahrlich nicht verlangt werden, doch entspricht es den Tatsachen, daß, während die serbische Staatskasse schon seit sehr langer Zeit für andere als unmittelbare Kriegszwecke nichts übrig hatte, sie von der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung verflüchtigt werden. Eine administrative Arbeit, die sich in die kleinste Einzelheit erstreckt, sorgt zusehends für den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens und damit des Wohlstandes dieses Gebietes. Nach vier Jahren tiefster Elends und der Alleinherauskunft militärischer und politischer Zuträge, die in diesem vielfach heimgeschlagenen Land jede friedliche Arbeit unmöglich macht, eröffnet sich unter der tatkräftigen Führung der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung wie in Rußisch-Polen auch in Serbien eine Ära der geistlichen Erwerbsmöglichkeiten. Der Postverkehr wird im serbischen Gebiet in analoger Weise geregelt wie in Rußisch-Polen. Wie es auch dort in den ersten Monaten der Okkupation der Fall war, ist in Serbien die Post für den Zivilverkehr aufgegeben. Sobald aber der Kontrollapparat organisiert sein wird, wird der Postverkehr aufgenommen werden. Der Postverkehr mit dem Ausland ist auch in Rußisch-Polen noch nicht eröffnet.

Die maskierte Kriegsflotte.

Während des Krieges haben wir schon sehr viel gelernt, wozu wir zuvor keine Ahnung hatten. So z. B. daß England trotz des von ihm stets betonten und betätigten Zweimächtestandards zur See, seine Kriegsflotte wie Schwane auf einem Parteidick behandelt und sie in die Meeresbüchsen der Ordnung einperrt, damit ihm kein Schiffs wogelomme. Noch überraschender freilich ist die Erfahrung, daß England auf einmal zwei Arten von Kriegsflootten hält. Die eine wohlbesetzt im Schwanendick der Ordnung, die andere auf dem weiten Weltmeer in Tüchtigkeit. Die eine als offizielle Kriegsmarine, die andere halboffiziell und gewöhnlich inoffiziell. Die eine in blinder Schatztruhe, die andere nur maskiert im Gewand des gewöhnlichen Handelsdampfers. Die eine zum Prahl vor aller Welt, zum Gebrauch in offiziellen Reden über ihre gewaltigen (negativen) Erfolge, die andere nur für vertrauliche Schriftstücke und Geheimbefehle aller Art. Die eine mit der stolzen Flagge S. Brit. Majestät, die andere mit einer Flagge, die wie ein Chamäleon je nach dem Wetter nacheinander die Farben sämtlicher Staaten der Welt annehmen kann und muß. Die eine mit erhellten (wollen wir annehmen) Seeleuchten S. Brit. Majestät, die andere mit Soldaten, die sich alsbald in Zivil ummaskieren, sowie sie in die Nähe eines neutralen Hafens kommen, während sie sonst, wo man's nicht vermutet, quacksüßdel S. Brit. Majestät Marinejungen spielen.

Vermutenswerth sind auch die Gründe für diese Flotte mit dem Doppelgesicht. Wie leicht ist doch ein gewöhnliches Kriegsschiff auf der See erkennbar und daher den Angriffen der gegnerischen Kriegsschiffe ausgesetzt. Wer daher seine Kriegsschiffe nicht vollständig verbergen will, tut gut daran, sie wie England im Schwanendick zu halten, dort kann ihnen nicht viel passieren. Ein gewöhnliches Kriegsschiff muß überall Farbe bekennen, wo es hinfommt. Das ist manchmal recht unangenehm und kann zu allerlei nicht ungefährlichen Belästigungen auf hoher See wie im neutralen Hafen führen. Also läßt man das eigentliche Kriegsschiff, soweit möglich, einfach zu Haus im Schwanendick, und schickt dafür Kriegsschiffe aus, die keine Panzer und keine blühenden Masten haben, sondern nur ein paar Masten haben folgende Vorteile: 1. erwecken sie beim Feind die Meinung, er habe es nur mit harmlosen neutralen Handelsschiffen zu tun, 2. haben sie in ihren maskierten Soldaten bzw. Artilleristen ebenso harmlos aussehende Matrosen bzw. Reisende, die aber jederzeit königlich britische Kanonen bedienen können, weil 3. diese Kriegsschiffe der Infanterieflotte Englands jederzeit eine genügende Anzahl Kanonen mitführen, mit denen man dem ahnungslosen Feind aufwarten kann; 4. dürfen diese ungewöhnlichen Kriegsschiffe sich beliebig lang in neutralen Häfen aufhalten, wo sie die englischen Zivilmaskierten Soldaten in aller Bequemlichkeit bewegen können, ohne irgendwo aufzufallen; 5. gilt für sie natürlich überhaupt nur das Vorkerrecht wie für Handelsschiffe, nicht aber das strengere für Kriegsschiffe. Aus allen diesen Gründen zieht es England vor, zwei Flotten zu halten, von denen die eine verdeckt, die andere aber unter dem Vorwand, es handle sich nicht um Kriegsschiffe, heimlich zum Kampfe bereit.

Es ist daher auch leicht begreiflich, daß England nach Amerika hinüber blickt, man würde es in England als peinlichen Akt empfinden, wenn Amerika auf deutsche Anregung hin überhaupt davon Notiz nehmen würde, daß England sich eine maskierte Kriegsflotte zugelegt hat. England hat das Recht zu verlangen, daß die ganze Welt und insbesondere die neutralen Staaten sich genau so verhalten wie England selbst, d. h. nichts merken lassen von dem, was tatsächlich ist und sofort die Augen schließen, wenn sie etwas merken sollten, was mit dem nicht übereinstimmt, was England als nicht bestehend ansieht. Man mißverstehe uns nicht; wir schreiben keine Satire, sondern schildern Tatsachen so, wie sie sind. Wenn die Schilderung wie eine Satire ausieht, so ist das lediglich bezeichnend für die Tatsachen selbst. England hat den freien Mut, vor aller Welt die Rolle des Königs im Märchen zu spielen, der sich von fremden Schneiderkleider der angeblich allerfeinsten Art machen läßt, die aber für alle unsichtbar sein sollen, welche ihren Platz in der Welt nicht richtig ausfüllen. Das ist der Schwundel dieser Märchenschneider, mit dem sie das Schmeigeln der Umwelt des Königs erhalten wollen. Als der König nun zum erstenmal in den angeblichen Kleider aussteigt, da freit doch wenigstens ein Kind: „Er, der König ist ja nackt“, worauf der Mann geschrien und der Schwundel entdeckt ist. England schreit heute so wie der nackte König durch die neutrale Welt. Sein Befehl liegt klar vor aller Augen; nach Harer, seitdem es bekannt geworden ist, daß England eine zweite Kriegsflotte unter falscher Flagge hält. Wer wird hier zuerst den Mann von aller Augen nehmen und rufen: „Er, England ist ja nackt!“

Deutschland.

Berlin, 17. Februar 1916.

Reichskanzler und preussisches Abgeordnetenhaus.

Zu der Kritik, welche die Nordd. Allgem. Zeitung an dem veröffentlichten Unterboots-Beschluß des Haushaltsausschusses des preussischen Abgeordnetenhauses übte, wurden in der Presse rechts und links allerlei Bemerkungen gemacht, die zum Teil von unrichtigen Voraussetzungen ausgingen. Der Abgeordnete Joditz, Mitglied des Ausschusses gibt nun in der Post folgende Darstellung des Falles:

Die Behauptung des Berliner Tageblattes, daß bei Fassung des Beschlusses des Haushaltsausschusses über den U-Bootskrieg die Denkschrift über den Handelskrieg und die Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit Herrn von Biegan bereits bekannt war, ist frei erunden. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender:

Freitag, den 4. d. M., ist in der Besprechungszeit der Inhalt der Denkschrift über die Verschärfung des Handelskrieges mitgeteilt und wohl auch weiteren Kreisen bekannt geworden. Die Veröffentlichung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wurde allgemein für Samstag, den 5. d. M., nachmittags, erwartet. Als Grund des Nichternehmens wurden teils technische Schwierigkeiten, teils Zitterungen der Reichskanzler zwecks redaktioneller Anordnungen der Note angegeben. Gleichzeitig trat in der Presse eine sehr pessimistische Auffassung des „Lutitania“-Falles hervor.

Am Montag, den 7. d. M., trat der Haushaltsausschuss in die Behandlung der U-Bootsfrage ein. Auch dabei war eine Auffassung über den mißlichen Sachverhalt nicht zu erlangen. Auf dieser tatsächlichen Grundlage wurde am 8. d. M. der später veröffentlichte Beschluß gefaßt. Wie die Mitglieder der Reichskanzlerpartei gestimmt haben, wird die Infanterie-Presse von daher nicht erfahren können. In dem am 10. d. M. nachmittags veröffentlichten Pressebericht wird der Beschluß nicht erwähnt. Erst am Donnerstagabend und Freitag früh haben die Mitglieder des Ausschusses von den oben erwähnten Veröffentlichungen Kenntnis erlangt. Wie inzwischen von zuständiger Seite mitgeteilt wurde, ist die Verhandlung hauptsächlich durch die Ueberlegung in mehrere fremde Sprachen veranlaßt. Ueber Verhandlungen des Reiches ist Scheres nicht bekannt. Mit jener Veröffentlichung, welche die Veröffentlichung des Beschlusses in unrichtigem Zusammenhang, darauf weist der Eingang der Veröffentlichung auch deutlich hin. Für deren Verständnis ist der ausdrückliche Hinweis auf die Neuierungen des Reichskanzlers von Wert, daß er nur die Empfindung des ganzen Volkes ausdrücke, wenn er erklärt, er könne sich die Waife der U-Boote nicht aus der Hand reihen lassen. Der Reichstag ist nicht versammelt, die Presse fastgestillt. Das preussische Volk aber kann wenigstens durch seine geordnete Vertretung seine Auffassung über den U-Bootskrieg kundgeben. Schließlich mag auf die Worte „zum geeigneten Zeitpunkt“ hingewiesen werden, durch welche der Auffassung auf die Voreingabe beabsichtigt.

Bei dieser Sachlage werden diejenigen Blätter den Vorgang richtig beurteilen, welche, wie die Tägliche Rundschau und die Deutsche Tageszeitung, die Auffassung vertreten, daß der Beschluß nicht von der Abicht diffidert ist, die Grenzen der Zuständigkeit des Abgeordnetenhauses zu überschreiten, sondern lediglich bezweckt, in so schwerer Stunde der Stimme des Volkes an der einzigen Stelle, an der sie sich zurzeit geltend machen kann, Gehör zu verschaffen, sowie, daß die Veröffentlichung des Beschlusses des Reichskanzlers, daß wir uns die U-Boote nicht erlauben und so die Bestrebungen zu unterstützen, uns die volle Freiheit in deren Anwendung zu wahren.

Die Behauptung demokratischer Blätter, Herr von Seydewitz habe mit seinem Antrage Herr von Bethmann hürzen wollen, ist wirklich zu dumm. Das heißt doch zu glauben, daß Herr von Seydewitz zur Erreichung dieses ihm unterstellten Zieles ausgerechnet das Mittel gewählt hätte, mit dem unfehlbar gerade der entgegengesetzte Erfolg erzielt werden müßte. Für Unerreichbarkeit solcher Art, für persönliche Eitelkeit und Empfindlichkeiten, für Wortlaubbereit und Zuständigkeitsverletzungen ist die Zeit wirklich zu erst, sie muß nicht nur politisch, einmütig zusammenzuwerfen im Dienste des Vaterlandes.

Berlin, 16. Febr. (W.L.B.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung betreffend die Einfuhr von Kartoffeln. Ferner veröffentlicht der Reichsanzeiger eine preussische Ministerialverordnung, wodurch für Preußen die Provinzial- und Bezirksverbände zur Regelung und Beschaffung des Abbaues und der Preise von lebendem Vieh zu einem rechtsfähigen Verbande zusammengeschlossen werden. Gleichzeitig wird die Satzung dieses Zentralviehhandelsverbands veröffentlicht. Die auf der gleichen Rechtsgrundlage gebildeten Viehhandelsverbände deutscher Bundesstaaten können in den Gesamtverband aufgenommen werden. — Finanzminister Dr. Lenge fordert durch eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger die Leiter der für die Kriegsgewinnsteuer nach dem Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Befreiung der Kriegsgewinne in Betracht kommenden Gesellschaften

ten auf, bis zum 1. Juni 1916 Unterlagen für die Festlegung der Steuer einzureichen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht ferner die Bundesratsverordnung vom 14. Februar zur Regelung der Preise für Schlachttweine und Schweinefleisch.

Ausland.

Die Finanzlage Kanadas.

Ottawa, 16. Febr. (W.A.B.) Meldung des New Yorker Büros. Der Finanzminister wies bei der Einbringung des Staatshaushalts darauf hin, daß als Ergebnis der Vermehrung der Einnahmen und der Verminderung der Ausgaben gegen das letzte Jahr die eingelassenen Gelder um 57 Millionen Dollar gestiegen sind. Die Regierung rechnete bei der Einbringung des letzten Staatshaushalts mit einer Vermehrung der Einnahmen bis zu 150 Millionen. Dieser Betrag, erklärte der Minister, wurde überschritten, denn die Einnahmen des laufenden Finanzjahres werden mindestens 170 Millionen betragen. Bisher hat das Parlament 150 Millionen für Kriegszwecke bewilligt, aber die Regierung wird darüber hinaus mindestens 250 Millionen anfordern. Die Finanzlage Kanadas ist infolge der sehr guten Ernte und der Nachfrage nach Kriegsmaterial sehr günstig. Es sind bisher 350 000 Mann angeworben. Die Zahl der Soldaten soll auf eine halbe Million gebracht werden und es muß Geld flüssig gemacht werden, um die neuen Kontingente auszurüsten und die ganze kanadische Streitmacht auf den Beinen zu erhalten.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

7. öffentliche Sitzung.

Rechnungsabrechnung.

BZK, Karlsruhe, 16. Februar 1916.

Am Regierungstisch: Minister Febr. von Bodman. Präsident Kochbrunn eröffnet die Sitzung um 5 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung der Zweiten Denkschrift der Großh. Regierung über ihre wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges wird fortgesetzt.

Minister Febr. von Bodman: Der Berichterstatter für die Landwirtschaft hat dieser Anerkennung ausgesprochen; ich habe dies auch schon wiederholt getan und kann dies nun wieder tun. Wenn wir den Krieg siegreich gewinnen, so wird dies auch eine Annehmlichkeit der Landwirtschaft sein. Gediente Leute werden nur für unaufrichtig erklärt, wenn sie für die Allgemeinheit größere Dienste leisten können als beim Heere. Auch bei den Beamten werden Garnisonsdienstfähige gegen Kriegsverwendungsfähige ausgetauscht. Wir brauchen jedes Gewehr. Nach diesem Grundgedanken wird verfahren. Man sieht nicht jenseit auf der Straße an, welchen Fehler er hat. Was die Düngeartikel betrifft, kann die badische Fabrik nicht vorzugsweise für Baden liefern. Das Schmelzen von Eisen ist durch Verordnung unter Strafe gestellt. Fehler seien gemacht worden bei dem „Schweinemord“, wie ein Redner sagte. Wenn wir dabei einen Fehler machten, befinden wir uns in guter Gesellschaft. Der Antrag ist im Reichstag gestellt worden. Dementsprechend wurde beschlossen; nachher wollten verschiedene anderer Ansicht gewesen sein. Wir können das jetzt beruhigen lassen und wollen dafür sorgen, daß die Bestände wieder ergänzt werden. Der Berichterstatter hat gewünscht, daß ein Stall- und ein Fleischhöchstpreis festgesetzt werde. Das geschieht durch eine Verordnung. Mit dem Unterschied zwischen Stall- und Fleischhöchstpreis sind wir zur Zeit beschäftigt. Die Metallmobilisationsstelle hat eine Entscheidung über die Brennfessel der kleinen häuerlichen Brenner getroffen. Die Brennfessel der Kleinbrenner fallen nicht unter die Weislagnahme. Bei den Hausbrennereien sind bis zu 20 Prozent die Fessel zu befreien. Die Bezirksämter sind entsprechend angewiesen. Die Regierung ist der Ansicht, daß der Schälwald erhalten bleiben soll, wie das geschieht, das kann den Besitzern gleichgültig sein, wenn sie nur Schutz haben. Deutschland erzeugt 1/2 des Lebens der ganzen Welt und kann deshalb die ausländischen Rohstoffe nicht entbehren. Wir können aber auch die vegetabilischen Rohstoffe nicht entbehren und müssen deshalb auch den Schälwald erhalten. Strobel hat gemeint, die Invalidentfürsorge hätte zuerst vom Reich in Angriff genommen werden sollen. Das ist richtig; allein die Organisation bedarf einer Dezentralisation unter möglichst einflussreichen Richtlinien. Fast alle Redner haben verlangt, daß bei den Fliegergeschäden auch für Personenschäden Entschädigung gewährt wird. Die badische Regierung hat solche schon gewährt; diese sind aber nur einmalige und stellen keine Rente oder einen Anspruch auf das Reichsgesetz dar, das nur Sachschäden berücksichtigt. Nach einer Anordnung des preussischen Ministers des Innern werden dort auch Personenschäden nach Maßgabe der Militärinvalident- und Hinterbliebenenfürsorge gewährt, so daß mit einer Aufnahme der Verionenschäden in das Gesetz zu rechnen ist. Wir erhalten vom Reich monatlich 600 000 Mark. Dazu gewährt der badische Staat noch 100 000 Mark. Die Verbände haben 34 Prozent ihrer Aufwendungen erstet erhalten, Forzheim 60 Prozent. Das ergibt sich aus den Verhältnissen. Eine Anzahl anderer Gemeinden hat die Hälfte bis zwei Drittel erhalten. Den verschiedenen Verhältnissen der Städte wurde

Rechnung getragen. Im Januar 1916 haben die Städte Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg und einige andere kleinere Städte zusammen 251 000 Mark Mietbeiträge erhalten; auch Forzheim hat eine Beihilfe erhalten, die nicht besonders entziffert ist, sie ist in einem Betrag von 141 350 Mark enthalten. Der Staat hat zu den Mietbeiträgen 100 000 Mark gewährt. Stupferne Mißableiter können sehr wohl durch eiserne ersetzt werden; auch können dazu, entsprechend der Anregung Görlachers, Beihilfen gewährt werden. Bei der Textilarbeiterfürsorge im Albtal haben die Bürgermeister die Zuziehung der Arbeitervertreter nicht zugelassen. Grundlage der Kreditgewährung sollen die Kreditgenossenschaften sein, die von ihren Geldern an ihre Mitglieder und solche die es werden gewähren. Dazu soll ein Zuschuß für die Zinsen gewährt werden, sodaß sie nur 3 Prozent zu leisten haben bei einem zu erwartenden Zinsfuß von 6 Prozent. Diejenigen Angehörigen des Mittelstandes, die von den Kreditgenossenschaften keine Gelder erhalten können, sollen von einer Zentralkasse, welche hierfür Beträge an die Kreditgenossenschaften gewährt, solche erhalten; die Zentralkasse wäre von verschiedenen Körperschaften gestellt. Die ganze Sache wird zur Zeit erörtern. Wir hoffen, damit dem Mittelstand helfen zu können.

Man darf aus der Kriegsarbeit der Beamten nicht schließen, daß nun ein großer Teil von Beamten überflüssig sei. Das wir sparen werden müssen, ist auch unsere Ansicht. Die Vereinfachung der Staatsverwaltung hat ihre zwei Seiten. Die pflanzliche Verwaltung der Bezirke ist gut; wenn die Bezirke größer werden, wird man auf manche liebgeordnete Bequemlichkeiten verzichten müssen. Die Notwendigkeit, zu sparen, wird uns zwingen, gewisse Stellen aufzuheben; ich hoffe dabei Ihre Hilfe zu finden. Die landwirtschaftlichen Organisationen haben im Krieges einträchtig zusammengearbeitet und kleinliche Zwiste zurückgelassen. Die Viehverwertung begegnet großen Schwierigkeiten im Handel. Meine Ausführungen über die Zurückberufung alter Landsturmmänner ist dahin zu verstehen, daß diese Leute aus der Front und den schwereren Diensten in den Stäben zu leichteren Diensten zurückberufen werden, aber nicht, daß sie in die Heimat geschickt werden. Auf dem Wege der Arbeitslosenfürsorge ist von der Großh. Regierung das Mögliche geschehen. Bei den Spinnarbeiten hat sie alsbald eine Erwerbslosenfürsorge einleiten lassen, für die das Reich drei Sechstel, Staat, Gemeinde und Industrie je ein Sechstel zahlen. Was eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung betrifft mit Beiträgen der Arbeiter, das ist eine Aufgabe des Reichs, die im Frieden in Angriff genommen werden kann. Dem Wunsche, daß auch Handwerker Familienunterstützung erhalten sollen, wenn Haus und Maschinen das einzige Vermögen und der Betrieb still steht, wird bereits durch eine Verordnung Rechnung getragen. Doch muß von Fall zu Fall entschieden werden. Ich blide mit Freuden auf die Verhandlungen in der Kommission drauf, wo ich überall den festen Willen fand, so wie drauß auch dasheim zu stehen. (Beih. Weifall.)

Die Berichterstatter verzichten auf das Schlußwort. Hierauf erfolgt die Abstimmung über die Anträge und Petitionen.

Bei Abschnitt I werden der Antrag Rebmann und Gen., betr. die Hinterbliebenen nichtpensionsberechtigter Beamten, sowie die Eisenbahnerpetitionen empfehlend überwiesen und der Antrag Kolb dadurch als erledigt erklärt; die Anträge Kolb und Rebmann, betr. die Unterfütterung der Familien der Kriegsteilnehmer, werden der Regierung als Material zur Kenntnisnahme überwiesen. Der Antrag Fischer u. Gen., betr. die Förderung der ärztlichen und tierärztlichen Praxis durch Erleichterung des Kraftwagenverkehrs, wird als durch die Regierungserklärung erledigt erklärt.

Bei Abschnitt II wird der Antrag Fischer in der Form angenommen, daß die Fleischschauher bei Reichslagerungen insoweit Seuchen zugelassen werden können einwillig angenommen. Der Antrag Seubert und Genossen betr. Schutz der Schälwaldungen wird in der abgeänderten Form mit Mehrheit angenommen.

Die Anträge Seubert und Reck betr. die Brennfessel der badischen Kleinbrenner und betr. die Förderung der Pferdezucht werden als durch die Regierungserklärung erledigt erklärt; die Petitionen betreffend Werdeentschädigungen zur Kenntnisnahme überwiesen.

Bei Abschnitt III werden die Anträge Kolb und Görlachers betr. die Notlage des Handwerks, sowie die Anträge Fischer betr. Urlaub und Unabkömmlichkeit der Müller und Rebmann und Gen. betr. Urlaubsgeld für Gewerbetreibenden angenommen.

Bei Abschnitt IV werden die Anträge Kolb und Rebmann betr. Vermögenszuwachs, insbesondere Kriegsgewinnsteuer angenommen.

Bei Abschnitt VII werden die Anträge Köch betr. Arbeitslosenfürsorge, Rebmann, Fürsorge für Hinterbliebene gefallener Soldaten und Unteroffiziere, Kolb betr. Wohnungsfürsorge und Kolb betr. Arbeitslosenfürsorge Ziffer 1, als durch die Maßnahmen für erledigt erklärt; im übrigen wird der Antrag Kolb betr. die Arbeitslosenfürsorge in der Fassung der Regierung als Material zur Kenntnisnahme überwiesen, die Regierung möge für die in Massen aus dem Krieg zurückkehrenden Arbeiter geeignete Maßnahmen zur Abhilfe bei eventuellen Arbeitslosigkeit treffen. (Durchgreifende Arbeitslosenversicherung, gefälliger Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage.) Der Antrag Rebmann neben den Sachschäden auch Verionenschäden bei Fliegerangriffen reichsgesetzlich zu regeln, wurde angenommen und die Petition der Hausbesitzer im gleichen Betreff, dadurch als erledigt erklärt.

Bei Abschnitt VIII und IX wird der Antrag Kolb betr. Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Antrag Rebmann auf Wählerberufung der Junker angenommen.

Morgen vormittag halb 10 Uhr: Gemeindefürsorgegesetz und Fortsetzung der Beratung der Denkschrift. Schluß 1/7 Uhr.

(1) Karlsruhe, 16. Febr. Das Gesetz betreffend die Gemeinde-Einkommenbesteuerung, das gestern der Zweiten Kammer vorgelegt wurde, hat einen Artikel, in dem folgendes bestimmt wird: Durch Gemeindefürsorgegesetz mit Staatsgenehmigung kann bestimmt werden, daß in den Jahren 1916 und 1917 die Umlagen, vom Einkommen hat nach 100 Teilen der Normalsteuererträge nach 100 Teilen derjenigen Steuererträge zu erheben sind, welche nach Beilage 3 Ziffer 1 zu dem Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915, die Festsetzung des Staatshaushaltsetzes für die Jahre 1916/17 betreffend, der Erhebung der staatlichen Einkommensteuer zugrunde gelegt werden. — Der Gesetzentwurf ist veranlaßt worden durch eine Bitte, die der Stadtrat Mannheim unterm 11. Februar 1916 an die Regierung und Landstände gerichtet hat. Durch die Maßnahme soll ermöglicht werden, bei Umlegung eines erhöhten Geldbedarfs der Gemeinden eine stärkere Heranziehung der Vermögenssteuerwerte zu vermeiden oder diese Heranziehung wenigstens zu mildern. Wie in der Begründung zu dem Gesetzentwurf gesagt wird, war auch die Regierung der Ansicht, daß insbesondere die Vermögenssteuererträge infolge der durch den Krieg tief bewirkten, teils verstärkten, teils günstigen Lage des Grund- und Hausbesitzes eine stärkere steuerliche Anspannung nicht wohl ertragen können. Der Gesetzentwurf ist lediglich als Kriegsmäßnahme für die Jahre 1916 und 1917 gedacht. Die Zweite Kammer wird sich in ihrer Donnerstag-Sitzung mit dem Gesetzentwurf beschäftigen, an seiner Annahme ist nicht zu zweifeln.

Amliche Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat geruht, die auf Geh. Hofrat Prof. Dr. Karl Vogel gefallene Wahl zum Rektor der Universität Heidelberg für das Studienjahr von Juni 1916 bis dahin 1917 zu bestätigen, dem außerordentlichen Professor Dr. Hans Driesch an der Universität Heidelberg den Titel ordentlicher Honorarprofessor zu verleihen. Rechtsanwalt Otto Krumböcker in Baden, der auf seine Zulassung beim Amtsgericht Baden und beim Landgericht Karlsruhe verzichtet hat, wurde in der Bitte der Rechtsanwältin bestätigt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat den Eisenbahnassistenten Karl Kaufmann in Appenweiler zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Lebensmittelversorgung.

Keine Vermehrung der fleischlosen Tage. Berlin, 16. Febr. (W.A.B. Amlich.) Dem Vernehmen nach läßt das Reichsamt für Ernährung und Landwirtschaft keine Vermehrung der fleischlosen Tage einfließen. Wir stellen fest, daß dies Gerücht auf freier Erfindung beruht.

Ausreichende Vorräte von Kaffee. Berlin, 16. Febr. (W.A.B. Amlich.) Wie wir erfahren, hat die im Januar d. J. durch den Reichsanwalt angeordnete Bestandsaufnahme der deutschen Kaffeevorräte ergeben, daß für absehbare Zeit ausreichende Bestände zur Befriedigung des deutschen Konsums vorhanden sind.

Unsere Brotgetreidevorräte.

Eine Korrespondenz, in der amtliche Stellen sich gelegentlich äußern, schreibt: Mit Interesse und Gemutung liest man Nachrichten aus allen Teilen Deutschlands, welche zu bezeichnen wissen, daß bei der Nachprüfung der Brotgetreidevorräte sich in vielen Bezirken beträchtliche Mehrvorräte ergeben haben. Heute, wo jedes einzelne Brotloaf für unsere Ernährung im Kriege von Bedeutung ist, muß man diese Mehrvorräte als eine weitere Sicherung unserer wirtschaftlichen Stellung im Kriege begrüßen. Aber durchaus verfehlt wäre es, wenn man aus diesen erfreulichen Tatsachen etwa die Schlusfolgerung ziehen würde, daß wir nun bezüglich unserer Brotgetreideversorgung bedeutend besser dastünden, als man anfänglich gedacht habe. Man muß sich vielmehr immer wieder an das Gedächtnis zurückrufen, daß diese Mehrvorräte ebenso wie andere Tatsachen zu den Voraussetzungen gehören, auf die man bereits rechnete, als man es bei den letzten angeordneten Einschränkungen des Verbrauchs bewenden ließ. Es ist von vornherein und immer wieder ausgesprochen worden, daß wir durchaus zureichlich bezüglich unserer Brotgetreideversorgung in die Zukunft sehen können, wenn alle Vorräte tatsächlich von den behördlichen Organen erfasst und ausschließlich der Brotgetreideversorgung zugeführt werden. Daß jetzt bei den Nachprüfungen sich Mehrvorräte ergeben, ist also eine Tatsache, die zur Voraussetzung unseres ganzen Sicherheitsgefühls in dieser Frage gehört und die nicht als eine besondere Entlastung unseres Verantwortlichkeitsgefühls gegenüber den vorhandenen, beschränkten Vorräten betrachtet werden darf. Bei Beurteilung der verschiedenen Presse-Mitteilungen über die Mehrvorräte einzelner Kommunalverbände berichten, ist vor allem zu beachten, daß für den Reizen die „großen Ziffern“ oft irreführend sind. Für den, der mit Getreide-Statistik nicht recht Bescheid weiß, mag leicht die Ansicht entstehen, daß ein Mehrergebnis hier oder dort von 20—30 000 Doppelzentnern ein außerordentliches Resultat darstelle. Inzwischen bis dreihunderttausend Tonnen und schon diese einfache Veränderung des Zahlenmaßstabes zeigt, daß es sich im Vergleich mit den von uns benötigten Mengen, die sich auf Millionen von Tonnen belaufen, hierbei um recht geringfügige Summen handelt. Erst wenn diese einzelnen Summen addiert werden, also das ganze Mehrergebnis der Nachprüfungen in seinem statistischen Material vorliegt, läßt sich ein möglicher Schluß darüber ziehen, was dieses Mehrergebnis für unsere Ernährung in diesem Entjahre bedeutet. Auch ist zu bedenken, daß es ja im Kriege sehr wesentlich darauf ankommt, ob das Brotgetreide auch jene Weichheit besitzt, die es ermöglicht, es bis in das neue Erntejahr hinein konsumfähig zu

Chronik des ersten Kriegsjahres.

17. Februar 1915. Feindliche Angriffe an verschiedenen Stellen der Westfront abgelehnt. — Die Verfolgungskämpfe in Polen werden erfolgreich fortgesetzt. — Kolomea wird von österreichischen Truppen besetzt. — Kruppen derselben Armee machen in den Karpaten weitere Fortschritte. — Eine Anzahl englischer und französischer Dampfer versinken den Ernst des deutschen Unterseebootskrieges. — Das Luftschiff „L. 3“ ist bei Zilland zu einer Notlandung gezwungen worden. Das Luftschiff ist verloren, die Mannschaft aber gerettet. — Die Russen räumen das Gouvernement Suwalki. — Die Türken liefern den Engländern bei Schabisch und Korna siegreiche Gefechte.

erhalten, daß also auch von dem Qualitätsergebnis der Nachprüfungen die Beurteilung der tatsächlichen Bedeutung dieser Mehrergebnisse abhängt. Alles in allem dürfen wir uns jedenfalls auch hier nicht von einem unberechtigten Optimismus verleiten lassen, die Gebote der Sparsamkeit mit dem Prote geringer anzuschlagen. Nach wie vor muß jedermann bedacht sein, pflichtgemäß und durch selbsttätige Einschränkung Brotgetreide und Brot nur im Sinne der durch den Krieg uns auferlegten Aufgaben zu verwenden.

Chronik.

Aus Baden. + Durach, 16. Febr. Die Landwirtschaftskammer veranlaßt zusammen mit dem landwirtschaftlichen Bezirksverein Durach am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, in Durach im Gasthaus zur „Blume“ eine landwirtschaftliche Versammlung mit Vortrag des Beamten der Landwirtschaftskammer, Herrn Mader, über landwirtschaftliche Kriegsfragen. Der Hauptzweck der Versammlung ist, den Landwirten Gelegenheit zu geben zu einer Aussprache über die landwirtschaftlichen Kriegsbedingungen und ähnlichen Fragen und etwaige Wünsche anzugeben. Gleichzeitig findet im Gasthaus zur „Blume“ in Durach eine von landwirtschaftlichen Bezirksvereinen Durach veranstaltete Saugautauschstellung statt. Es ist erwünscht, daß möglichst viele Landwirte sich zu der Veranstaltung einfinden.

Königshefen, 16. Febr. Großfeuer. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar brach hier Feuer aus, das 4 Scheunen und 1 Wohnhaus einäscherte; ein weiteres Wohnhaus wurde schwer beschädigt. Die Entschungskosten des Brandes ist bis jetzt unbekannt. Der Schaden- und Fahrnischaden beläuft sich auf rund 80 000 Mark. (W.A.B.)

Wosbach, 16. Febr. Am Freitag und Samstag sind 320 Flüchtlinge aus dem Oberelsaß hier angekommen. Die Leute werden in der Kirche Wosbach untergebracht. In der Kirche hielt Stadtpfarrer Rojer eine Ansprache in der er die Leute begrüßte. Später wurden die Flüchtlinge auf dem Rathaus in die einzelnen Gemeinden des Bezirkes verteilt.

Schnau am Biefental, 14. Febr. Großh. Herr Forstmeister Adolf Diehlin, der Ehrenbürger unserer Antistadt Schnau, wurde für sein tapferes Verhalten und seine Verdienste im Feldzug mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Gleich in den ersten Kriegstagen des Jahres 1914 trat er, obwohl schon in vorderster Front stehend, freiwillig als Hauptmann d. L. in den Dienst für das bedrohte Vaterland.

Hennemhofen bei Radolfzell, 16. Febr. Der älteste Bürger unserer Gemeinde, Zoll- und Steuereinnahmer Severin Wette, kann in den nächsten Tagen seinen 90. Geburtstag feiern. Er ist seit 62 Jahren in staatlichen Diensten, war 32 Jahre Inhaber der Postagentur und viele Jahre Gemeinderat und Rathsherr.

Konstanz, 16. Febr. Kommerzienrat Prym, der kürzlich der hiesigen evangelischen Gemeinde 160 000 Mark in bar und für 40 000 Mark Baumaterialien für ein evangelisches Sozialheim geschenkt hatte, hat dieser Gedenkung nun noch weitere 85 000 Mark in bar hinzugefügt. Ueber die Verwendung dieser letzten Schenkung wird die evangelische Kirchengemeindeversammlung noch Beschluß zu fassen haben.

Wäuselplage in Sicht?

Der vergangene Sommer war der Vermehrung der Wäusel sehr günstig. Wenn trocknen in vielen Gemeinden kein nebensächlicher Schaden angerichtet wurde, so sind doch, wie Dekonomierat F. Stengel schreibt, Anzeichen vorhanden, daß ein solcher im kommenden Sommer nicht ausbleiben wird. Man hatte gehofft, daß die starke Novemberernte und die Winterfäule den Wäusel fast gänzlich vernichten würden. Die Wäusel haben sich vielfach nur an geschützte trockene Plätze zurückgezogen und werden, wenn die Wintererfahrungen für sie vorüber sind, wieder in die Felder zurückkehren. Die Zahl der auf diese Weise durchwinternden Wäusel ist noch so groß, daß sie bei der bekannnten großen Vermehrungsfähigkeit eine ernste Gefahr für die zukünftige Kriegsernte bilden. Befanlich hat die Regierung mit allem Nachdruck auf die rechtzeitige Bekämpfung der schädlichen Rager hingewiesen und selbst Mittel zu sachgemäßem Vorgehen zur Verfügung gestellt. Den Gemeinden wird der dringende Rat erteilt, auf ihren Vermehrungen Nachschau zu halten, wie es mit dem Vorhandensein von Wäuseln steht. Die Vertilgung ist ohne Säumen aufzunehmen und durchzuführen.

Kriegspatenstelle.

Es ist ein recht schmerz Gedanke, daß wohlhabende Personen über notwendige Kriegsausgaben eine freiwillige Patenpflicht und damit die Pflicht, für ein armes Kind zu sorgen, übernehmen. Möchten recht viele derartige Kriegspaten sich finden: sie verdienen damit unermesslichen Dank des Vaterlandes wie der armen Familien, die diesem dank ersehnter Kriegspaten gebraucht haben. Leider wird der schöne Gedanke dadurch um all seine Anziehungskraft gebracht, daß er von einem gefähr-

Kirchliche Nachrichten.

Herr Konradverweier Dominik Thom in Karlsruhe ist als Pfarrverweier nach Weichen, Ami Offenburg, angewiesen.

Wosbach, 16. Febr. Anstelle des verstorbenen Dehans Günsel wurde heute hier unter dem Vorsitz des Herrn Dehans Koch von Keningingen als ersatzweise Wahlkommissar Herr Konradverweier Thom von Weichen zum Dehan des Kapfels ernannt.

Wie versorgen wir unsere Truppen am zweckmäßigsten mit Wollfadenliebesgaben?

Ihr, die ihr daheim sitzt in wohlgeheizten Stuben, in warmen mit Zentralheizung, in der wohligen Wärme von Kachelöfen und hinter dicht geschlossenen Fenstern, denkt ihr auch unserer Truppen da draußen? Kennt ihr den Zug der Kavalkade über die nördlichen Schneefelder und durch die eisigen Wälder? Wist ihr, wie viele Nacht für Nacht in Sturm und Wetter, in Frost und kalte Wäde stehen? ...

Und ihr fragt wohl, wie kann ich am besten helfen? Wie kann mein Götzentheil wirksam werden, ohne daß es mich außerordentliche Mühen oder Opfer kostet? Bringt eure Gaben dem

Kriegsaussschuß für warme Unterleibung, Berlin, Reichstag.

der, auf Anregung der Deutschen Kaiserin gegründet, zur allgemeinen Verteilung der Wollfadenliebesgaben in Ergänzung der von der Deeresverwaltung gesicherten zuständigen Stelle vom Kriegsministerium bestimmt ist und durch seine bisherigen Leistungen unseren Truppen schon viel Gutes erwiesen hat.

Nehmen wir nur einige Ziffern: im ersten Jahre seines Bestehens hat der Kriegsaussschuß für warme Unterleibung allein aus den von ihm gesammelten Spenden an Decken, warmen Unterleibern und wasserfesten Umhängen für mehr als 6 Millionen Mark ins Feld geschickt! Die Organisation des Kriegsaussschusses und die unermüdete Sammelstätigkeit der Territorial- und Landesvereinigungen und der staatlichen Abnahmestellen haben es ermöglicht, daß insgesamt 64 Wollzüge mit etwa 900 Güterwagen an die Front abgegangen sind, deren Verkehrswert 45 Millionen Mark betrug. An Decken sind rund 200 000 Stück abgeant worden. Außer diesen und einer großen Menge von

wasserfesten Regenumbhängen waren bis zum 1. September dieses Jahres aus den eigenen Beständen aus Heer geliefert: 176 786 Hosen, 594 626 Paar Socken, 203 199 Leibbinden, 193 357 Hemden, 23 700 Paar Kniewärmer, 75 908 Paar Fußwärmer und viele Tausend andere nützliche Gegenstände. Der Kriegsaussschuß für warme Unterleibung war es auch, der mit der „Reichswollwoode“ einen außerordentlichen Erfolg erzielt hat. Der Gesamtwert der während dieser Woche eingegangenen Sachen belief sich auf mehr als 30 Millionen Mark, der Gesamtverlust lediglich aus Abfällen betrug gegen 10 Millionen Mark, ein Netzertrag, der den Truppen und den Heimarbeitern zugute kam.

Nach Bedarf gehen „Wollzüge“ nach dem Osten wie nach dem Westen ab, vollbeladen mit Wollfadenliebesgaben, an deren Lieferung der Kriegsaussschuß für warme Unterleibung hervorragenden Anteil hat. Die Reichsversicherungsanstalt für Anstaltliche sowie die Landesversicherungsanstalten unterstützen diesen Aussschuß seit Kriegsbeginn in weitgehendem Maße. Auch darf daran erinnert werden, daß der Kaiser wiederholt, so anlässlich seines letzten Geburtstages, den Wunsch ausgesprochen hat, daß alles verfügbare und sonst in der Regel für festliche Zwecke ausgegebene Geld in dieser Zeit den Truppen dienlich gemacht werden möge. Selten hat sich der Wert der Zentralisierung und einer bis ins kleinste geordneten Organisation so glänzend gezeigt, wie bei diesem Kriegsaussschuß. Jedermann erkennt schon aus den wenigen Angaben, mit welchen Mühenarbeit hier gearbeitet wird, welche Fülle von Wohlstand für die Soldaten und die kleinen Familien der Front bedeutet! Wie mag jeden einzelnen dieser zahllosen Empfänger die kleine Sendung beglücken, die an ihn entfällt!

Es gilt, diese Liebesstätigkeit weiter fortzusetzen, heißt also alle bei dem großen Werk Betätigt auch nach besten Kräften, und denkt daran, daß es noch immer Tausende gibt, die für einen warmen Wollzug, einen Lungenwärmer, eine Unterleibe, ein Paar Kniewärmer, einen wasserfesten Umhang von Herzen dankbar sind! Helft unsere Truppen gegen den Winter schützten! Nehmt diesen Feind mit auf euch und macht unsere Söhne, unsere Brüder frei und stark gegen den andern Feind! Wendet dem Kriegsaussschuß für warme

Unterleibung Geldspenden zu, damit er in der Lage ist, weiter geeignete Wollfadenliebesgaben zu beschaffen und möglichst viele Soldaten damit zu bedenken. Jeder Beitrag, und sei er noch so klein, bedeutet eine Freude an der Front.

Geldspenden werden erbeten auf das Postfach-Lotto 1812 des Bankhauses Mendelssohn und Co., Berlin W. 56, Jägerstraße 49/50, zugunsten des Kriegsaussschusses für warme Unterleibung, Berlin.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Heaufgebote. 15. Febr.: Wilhelm Schuß von hier, Schriftföher hier, mit Emma Rind von Friedrichstal. — 16. Febr.: Georg Braun von Baiersbrunn, Justizrat hier, mit Franziska Seigmann von Buchenbad; Johannes Hertweck von Malch, Schlosser hier, mit Rosa Spiegel von Anielingen; Franz Schmidt von Reunfetten, Expedient hier, mit Theresie Slominski von Reuthal.

Geburt. 15. Februar: Otto Hubert, Vater Otto Bauer, Geizer.

Todesfälle. 13. Febr.: Regina Adler, alt 69 Jahre, Witwe des Lokomotivführers H. Adler. — 14. Febr.: Otto Schulze, General-Agent, Chemann, alt 60 Jahre; Kath. Gahl, alt 84 Jahre, Ehefrau des Schriftföhers Wilhelm Gahl; Emma Hoffmann, Verkäuferin, ledig, alt 40 Jahre.

Verdauungszeit u. Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, den 17. Februar. 1/2 Uhr: Otto Schulze, Generalagent, Weizenstraße 46 a (Heuerbestattung). — 1/3 Uhr: Emma Hoffmann, Verkäuferin, Karlsruherstraße 51.

Auswärtige Gefordene.

(Anmeldungen von auswärts erfordern unter dieser Rubrik gratis.)

Freiburg: S. H. Kellen, Leiter der Filiale der Emmericher Warenexpedition. * Merzbad: Gregor Doll, Gemeinderat, 63 J. * Göttingen: Josef Doll, Bäckermeister, 73 J. * Rohrbach (S. Heilbronn): Emil Münzer. * Forbach: Frau Kaufmann Barth geb. Huber, 60 J. * Bismarck:

Anton Keller, Landwirt, 71 J. * Doffenheim: Frau Elisabeth Böbler geb. Rindiger. * Mühlheim: Augustin Groß, Großbauer, 46 J.

Handelsteil

Werbipriere.

Berlin, 15. Febr. (W.T.B.) Wertenimmungen bild. Bei ziemlich lebhaftem Geschäft konnte im Werbenberche sich auch heute die feste Grundstimmung erhalten, wobei sich wieder Kaufkraft für die führenden Montan- und Kriegsfabrikate zu zeigen beginnt. Hierbei wirkte der glänzende Geschäftsabsluß der Dirsch-Kupferwerke nach. Es wurden dadurch Hoffnungen auf ähnliche Ergebnisse bei denjenigen Gesellschaften geweckt, deren Geschäftsabslüsse noch nicht bekannt gegeben sind. Interesse zeigte sich auch für Höhenlöse auf die beschlossene Finterhöhung, auch Erbschaften sind wieder mehr beachtet. Vom Rentenmarkt ist nichts Besonderes zu berichten.

Viehwreis- und Schlachtberichte.

Freiburg, 12. Febr. Auf dem Schlachthausmarkt wurden zugetrichen im ganzen 700 Stück Schweine, Küfer und Ferkel. Davon wurden verkauft: Küfer über 6 Wochen alt, das Paar zum häufigsten Preis von 120 Mk., zum niedrigsten von 100 Mk., zum höchsten von 140 Mk.; Ferkel unter 6 Wochen alt das Paar zum häufigsten Preis von 60 Mk., zum niedrigsten von 50 Mk., zum höchsten von 100 Mk. Verehrer war lebhaft, etwa 200 Stück blieben unverkauft.

Müllersbach bei Wülz, 15. Febr. Seit acht Tagen herrscht hier im eingeschäft reges Leben. Ein Forstbeimer Hirma kaufte hier ein größeres Quantum zum Preise von 74-77 Mark pro Hektoliter.

Wien, 15. Febr. Der Umrrechnungskurs für Zahlungen nach dem Deutschen Reich ist mit 100 Mark gleich 143 Kronen festgesetzt.

Nachstehende Bekanntmachungen werden hierdurch neuerdings zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Anweisungen auf den Bezug von Milch bei den in den verschiedenen Stadtteilen eingerichteten Milchaussschankstellen werden im Rathaus, I. Stock, Zimmer Nr. 17, ausgehellt.

Karlsruhe, den 16. Februar 1916.

Der Stadtrat.

I. Bekanntmachung.

Durch die Bekanntmachung des Reichstanzlers vom 11. November d. J. ist über den Milchab, nach welchem Kinder, stillende Mütter und Kranke bei der Verteilung der vorhandenen Milchmenge vorzugsweise zu berücksichtigen sind, folgendes bestimmt:

„Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre, soweit sie nicht gestillt werden, und stillende Frauen sind mit einem Liter Milch täglich, ältere Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre mit einem halben Liter täglich, Kranke mit der nach ärztlicher Bestimmung erforderlichen, in der Regel jedoch einen Liter nicht übersteigenden Menge täglich zu berücksichtigen.“

Wenn die vorzugsberechtigten Personen die ihnen nach diesem Maßstabe zuzumessende Menge Milch erhalten sollen, bleibt für die übrigen Personen von der für die gesamte Bevölkerung bereit vorhandenen Milchmenge nur höchstens 1/2 Liter täglich auf den Kopf verfügbar.

Zur Sicherstellung der ausreichenden Versorgung der vorzugsberechtigten Teile der Bevölkerung werden deshalb alle hiesigen Haushaltungen hierdurch angefordert, sich, soweit dies nicht schon geschehen, in ihrem Milchverbrauch nach Maßgabe des obigen Verteilungsmaßstabs einzuschränken. Es wird von jedermann erwartet, daß er sich unverzüglich nach dieser Aufforderung richtet. Wenn dies auf freiwilligem Wege nicht alsbald und allgemein geschieht, sind wir genötigt, zur Anwendung polizeilichen Zwanges zu schreiten.

Solche Haushaltungen, welche die ihnen hiernach zuzumessende Menge Milch für Kinder, stillende Mütter oder Kranke auch künftig nicht erhalten können, werden angefordert, dies beim Bürgermeisteramt schriftlich oder mündlich (Rathaus, Erdgeschob, Zimmer Nr. 17) anzumelden.

Karlsruhe, den 26. November 1915.

Der Stadtrat.

II. Bekanntmachung.

Aufgrund des § 3 der Bundesratsverordnung vom 4. November 1915, die Regelung des Milchpreises und des Milchverbrauchs betreffend, werden alle Milchhändler und Milchproduzenten, die in den Regel der Stadt Karlsruhe regelmäßig stündlich einfließen oder innerhals des Stadtbezirks stündlich erzeugen, hierdurch angefordert:

- 1. bei der Abgabe der vorhandenen Milch den heute bekannt gegebenen Verteilungsmaßstab einzuhalten und dabei Kinder, stillende Mütter und Kranke vorzugsweise zu berücksichtigen;
2. jeweils umgehend dem Bürgermeisteramt hier schriftlich Anzeige zu erstatten, wenn sie von der bisher eingeföhrten oder erzeugten Menge Milch einen Teil übrig haben, und gegebenenfalls in welchem Umfange dies der Fall ist;
3. künftig auf den 15. eines jeden Monats, erstmals auf 15. Dezember d. J., an das Bürgermeisteramt hier anzugeben, wieviel Liter stündlich sie täglich in das Stadtgebiet einfließen oder innerhals des Stadtbezirks erzeugen, und aus welchen Teilen die eingeföhrte Milch stammt.

Als Einföhrer der Milch, der hiernach zur Anzeige verpflichtet ist, gilt diejenige Person, auf deren Namen und Rechnung die Milch tatsächlich der hiesigen Bevölkerung eingeföhrt wird, bei Milch, die mit der Bahn ankommt, der Händler, der die Milch an der Bahn abholt.

Unterlassung der Anzeige oder unvollständige oder unrichtige Angaben werden nach § 8 der obengenannten Verordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Karlsruhe, den 26. November 1915.

Der Stadtrat.

A u f r u f !

Spendet Gaben für das Rote Kreuz in Bulgarien. Der Ortsaussschuß für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.

Zur Entgegennahme von Gaben sind außer den seiner Zeit bekannt gegebenen Mitgliedern des Ortsaussschusses und Bankhäuern auch die Geschäftsstellen sämtlicher Zeitungen, das Nachrichtenbüro für das neutrale Ausland Jähringerstraße 98, I. Stock, die Firma S. J. Stilling, Hienhandlung, sowie die Stadtganplatz B (Rathaus, Eingang von der Hebelstraße aus) bereit.

Sauptammelstelle: Stadtganplatz B, Rathaus.

Berta-Ewiglichtöl-Ersatz aus fester Masse, im Gebrauch sparsamer wie Öl, an 24 Stunden brennend, mit dazu passenden Gläsern, seit längerer Zeit bestens bewährt, liefert billigst Franz Emil Berta, Hofhof, Sr. Heiligkeit des Papstes Benedikt XV., Koronafabrik in Pula.

Unser sehr reichhaltiges Lager in pfarramtlichen Formularen ebenso unsere Formulare für die Herren Fondrechner bringen wir hiermit in empfehlende Erinnerung. Buchdruckerei der Badenia Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Krankenanstalten fernerhin Brot an ihre Insassen nur gegen Brotscheine abgeben dürfen. Bei der Aufnahme in die Krankenanstalten sind daher diese Scheine mitzubringen.

Karlsruhe, den 15. Februar 1916.

Der Aussschuß für die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl.

Aufruf!

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Die Fürsorge für die bedürftigen Familien unserer Krieger erfordert auch im neuen Jahre durch die Zunahme der Einberufungen ständig wachsende Mittel.

Darum müssen wir auch weiterhin dringend auf die Opferwilligkeit unserer Bürgerschaft rechnen, die sich in den beiden vorangegangenen Kriegsjahren so glänzend bewährt hat.

Nur die freiwilligen Beiträge der Bürgerschaft machen es möglich, die Fürsorge des Reichs, des Staates und der Gemeinde so auszugleichen und auszugestalten, wie es die Eigenart jedes einzelnen Falles erfordert.

Tragt darum auch im neuen Jahre zu den Ausgaben der Kriegsfürsorge durch fortdauernde Beiträge bei.

Sei stets ein jeder dessen eingedenk, daß wir mit der Hilfe, die den Familien unserer Krieger dargebracht wird, diesen selbst einen, wenn auch kleinen Teil, unserer Dankeschuld gegen die tapferen Männer abtragen können, die draußen für den heimatlichen Herd kämpfen und bluten.

Gaben werden wie bisher bei der Stadtkassenscheiberei, Abteilung B (Rathaus, Erdgeschob, Eingang Hebelstraße, Zimmer Nr. 42) und bei den sonstigen bekannten Sammelstellen entgegengenommen.

Karlsruhe, Februar 1916.

Für den Stadtrat: Die Kriegsunterstützungskommission.

St. Marienschule, Mainz. Bischöfliche berechnigte Realanstalt für Knaben.

Sechsklassige Realanstalt mit wahrh. Latein und Griechisch. Abschlußzeugnis berechnigt zum einj. zehnten Dienst und zum Eintritt in die Oberstufe. Beginn des Schuljahres: 2. Mai. Aufnahmebedingungen des Schülereins (Wahlprüfungs) und jegliche Auskunft durch den gestf. Rektor.

Großherzog. Hoftheater zu Karlsruhe.

Donnerstag, den 17. Februar 1916. 41. Vorstellung der Aibel. B (gelbe Karten)

Hänel und Gretel.

Märchenspiel in 2 Akten (3 Bildern) von Adelheid Wette. Musik von Engel. Sumpfernd. 1. Bild: Daphne. 2. Bild: Im Walde. 3. Bild: Das Knusperhäuschen. Musik. Leitung: Wilhelm Schwegge. Szenische Leitung: Peter Dumas.

Personen: Peter, Wefenbinder J. von Gortom. Gertrud, sein Weib Marg. Brantich. Hänel, deren 6 J. Söhne. Gretel, Gretel's Schwester. Die Knusperbäcker M. Mole-Tomisch. Das Sanftmännchen N. Paul. Das Sammelhäuschen K. Schlager. Engel, Kinder.

Große Bank nach dem 1. Akte Anfang 1/2 Uhr. Ende 1/2 Uhr. Preise der Plätze: Balkon 1. R. 1. Mk. 6.- Sprech 1. R. 1. Mk. 4.50 usw.

Drucksachen

jeglicher Art fertigt schnellstens an „Badenia“, Hk.-Gei, für Druck und Verlan, Karlsruhe.



Frische Schellfische. Kleine Pfd. 60 Pfg. Mittlere Pfd. 70 Pfg.

Frisk gewässerte Stockfische. 100 Pfund 42 Pfg.



Frisk gewässerte Stockfische. 100 Pfund 42 Pfg.



Bruchleidende. bedürfen kein so schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Zug und Nachtragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens Univerfal-Bruchband tragen, selbst verstellbares Universal-Bruchband, das für Erwachsene u. Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist. Mein Spezialvertreter ist am Montag, den 21. Februar, abends von 6-8 1/2 Uhr und Dienstag, den 22. Februar, morgens von 7 1/2-1 Uhr in Karlsruhe, Hotel Weiß, mit Muster vorverwählter Bänder sowie mit ff. Gummi- und Federbänder, neuesten System, in allen Preislagen anwesend. Muster in Gummi, Hängeleib, Leib, und Muttervorfallbinden, wie auch Geradegalter und Krampf-überkämpfe stehen zur Verfügung. Neben Fachgeschäft verliere auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung. 586 F. Wellert, Konstanj in Baden, Welfenbergrstraße 15. Tel. 515.

Orangen. Der Vaterlandsbote hat, der kauft seine Orangen und Zitronen nicht bloß bei den italienischen Händlern, sondern auch von hiesigen Staatsangehörigen. — Orangen können auch zu Karneval oder Gelee verwendet werden. — Es ist ein Baggon Orangen und Zitronen eingetroffen. Diefelben werden Erbrprinzenstraße 2 verkauft. 3 Stück Orangen zu 15 Pfg. | 3 Stück Orangen zu 35 Pfg. 2 " " " 20 " | 2 " Zitronen " 20 " 1 " " " 25 " | 1 " Zitronen " 25 " Pappel in allen Preislagen. 513 Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Schleer, Erbrprinzenstr. 2, Karlsruhe.

Feldpostdrucksachen. Für Liebesgaben sendungen: 20 Stück Feldpostkarten . . . 15 Pfennig 20 " Briefbogen . . . 15 " 20 " Briefumschläge . . . 10 " Alle 3 Drucksachen zu je 5 Stück in einem Mäppchen . 15 Pfennig. Für Korrespondenz und Sendungen aus der Heimat ins Feld: 20 Stück Feldpostkarten . . . 15 Pfennig 20 " Briefumschläge . . . 10 " 20 " Aufklebeadressen . 10 " 20 " Zeitungsumschläge 20 " Alle 4 Drucksachen zu je 5 Stück in einem Mäppchen . 15 Pfennig. Gefl. Bestellungen erbittet Geschäftsstelle des Bad. Beobachters

Heimarbeit. erhält jede Dame durch leichte, interessante Handarbeit. Die Arbeit wird nach jedem Orte versendet. Wäheres durch Prospekt mit fern. Wäher gegen Einzahlung 2.40 Pfg. in Marken durch Rosa Gebhardt, Zehdegg im Allgäu (Bayern). 560 Haushälterin. Gesucht in ein kath. Pfarrhaus in größerem Landort eine tüchtige, in allen Zweigen der Haushaltung erfahrene Person. Offerten unter Nr. 866 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 561

Thürmer-Pianos. Außergewöhnlich gute, solide und preiswerte Pianos mittlerer Preislage. Mäeinige Vertretung: Ludwig Schweisgut, Hoflieferant 552, 4 Erbrprinzenstr. 4.